

► Allgemeines

Start der Initiative Transparente Zivilgesellschaft.

Transparency International Deutschland e.V. hat gemeinsam mit zahlreichen Partnern aus dem gemeinnützigen Sektor die Initiative Transparente Zivilgesellschaft mit dem Ziel ins Leben gerufen, einen einheitlichen Transparenz-Mindeststandard im gesamten gemeinnützigen Sektor zu etablieren. Die rund 590 000 Vereine und 17 400 Stiftungen in Deutschland werden ermutigt, freiwillig zu zehn Fragen Informationen über ihre gemeinnützige Organisation zu veröffentlichen. Diese Informationen sollen der allgemeinen Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Damit geht der vorgestellte Transparenz-Mindeststandard über die bestehenden rechtlichen Verpflichtungen für gemeinnützige Organisationen in Deutschland hinaus. Eine inhaltliche Prüfung der freiwilligen Eigenangaben nimmt die Initiative Transparente Zivilgesellschaft nicht vor. Ihrem Trägerkreis gehören neben Transparency Deutschland auch das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen DZI, der Bundesverband Deutscher Stiftungen, der Deutsche Fundraising Verband, der Deutsche Kulturrat, der Deutsche Spendenrat, das Maecenata Institut, der Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen VENRO und der Deutsche Naturschutzring an. *Quelle: Pressemitteilung von Transparency International vom 23.6.2010*

Gesetzesinitiative gefordert. Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat im Juni dieses Jahres das Bundesjustizministerium aufgefordert, eine Gesetzesinitiative für mehr Transparenz im dritten Sektor auf den Weg zu bringen. Um den durch einzelne Skandale begünstigten Generalverdacht der ineffizienten Mittelverwendung auszuräumen, sei es ratsam, die im Handelsrecht üblichen Rechnungslegungs- und Publizitätspflichten für privatwirtschaftliche Unternehmen auf gemeinnützige Organisationen auszudehnen, die verpflichtet werden sollten, ihre Finanzdaten im elektronischen Bundesanzeiger zu veröffentlichen. Dabei könne eine Anwendung des Handelsgesetzbuches verhindern, dass diese mehr Daten offenlegen müssten als die gewerblichen Träger. Eine freiwillige Selbstverpflichtung reiche nicht aus, dem entstandenen Misstrauen wirksam zu begegnen. *Quelle: Pressemeldung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes vom 23.6.2010*

Studie zum bürgerschaftlichen Engagement in der EU. Anlässlich des bevorstehenden Europäischen Freiwilligenjahres 2011 gab die Europäische Kommission die Studie „Volunteering in the European Union“ zum Bürgerschaftlichen Engagement in den 27 EU-Ländern in Auftrag, deren Ergebnisse nun vorliegen. Die untersuchten Parameter beinhalten den prozentualen Anteil und die soziodemografische Zusammensetzung der Freiwilligen, die jeweiligen Tätigkeitsfelder, rechtliche und institutionelle Rahmenbedingungen sowie Fragen im Hinblick auf die Relevanz der

ehrenamtlichen Arbeit für die soziale und berufliche Integration. Insgesamt seien zirka 23 % der europäischen Bevölkerung ab 15 Jahren zivilgesellschaftlich aktiv, mit einem besonders hohen Anteil in den Niederlanden, Großbritannien, Schweden und Österreich. Um die Freiwilligentätigkeit in Europa weiter zu stärken, formuliert der Bericht Handlungsempfehlungen für die EU, die einzelnen Mitgliedsstaaten und für Organisationen, die Freiwillige beschäftigen. Die komplette Studie mit allen Länderberichten in englischer Sprache sowie eine deutsche und französische Zusammenfassung finden sich im Internet unter www.ec.europa.eu/citizenship/news/news1015_en.htm. *Quelle: BBE Europeanachrichten vom 29.6.2010*

Freiwilliges Engagement in Österreich. Erster Freiwilligenbericht. Von Eva More-Hollerweger und Arno Heimgartner. Hrsg. Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. Wien 2009, 224 S., kostenlos *DZI-D-9140*

Dieser im Auftrag des österreichischen Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz vom Institut für interdisziplinäre Nonprofit Forschung an der Wirtschaftsuniversität Wien erstellte Bericht untersucht anhand von im Rahmen einer Mikrozensus-Zusatzerhebung im letzten Quartal des Jahres 2006 erhobenen Daten die Situation des freiwilligen Engagements in Österreich unter verschiedenen Gesichtspunkten. Betrachtet werden insbesondere die gesellschaftlichen Funktionen und die organisatorischen Strukturen der Freiwilligenarbeit, das Engagement verschiedener sozialer Gruppen und die Frage, wie freiwilliges Engagement und Erwerbsarbeit in Organisationen zusammenwirken. Darüber hinaus beschreibt die Handreichung die politischen und strukturellen Rahmenbedingungen für das Ehrenamt in Österreich sowie Trends und Entwicklungen in nationaler und europäischer Perspektive. Die Publikation steht im Internet unter <https://broschuerenservice.bmask.gv.at/PubAttachments/Freiwilligenberichtletztfassung.pdf> zum Download bereit. Bestellanschrift: Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, Stubenring 1, A-1010 Wien, Tel.: 00 43/ 800/20 20 74, E-Mail: broschuerenservice@bmask.gv.at

Deutscher Altenhilfepreis 2011. Der seit dem Jahr 2007 biennal verliehene Deutsche Altenhilfepreis der Familie-Josef-Kreten-Stiftung prämiiert zukunftsweisende Konzepte zur Unterstützung von Seniorinnen und Senioren. Mit dem Thema „Ehrenamt und Hauptamt im Quartier. Soziale Räume im Alter gestalten“ wendet sich die aktuelle Ausschreibung an gemeinnützige Vereine, Einrichtungen, Dienste, Stiftungen, Ehrenamts- und Freiwilligenagenturen, Kirchengemeinden, Kommunen und andere gemeinnützige Träger der deutschen Altenhilfe. Drei Preise im Wert von insgesamt 20 000 Euro belohnen erfolgreich abgeschlossene Projekte, die ein möglichst gut vernetztes, gemeinwesenorientiertes Angebot im Wohnnabereich bieten und durch bürgerschaftliches und professionelles Engagement eine bedarfsgerechte Versorgungsstruktur bereitstellen. Ausdrücklich erwünscht ist die Einbindung von Menschen mit Migrationsgeschichte. Wer teilnehmen möchte, findet die Bewerbungsunterlagen und weitere Informationen im Internet unter www.deutscher-altenhilfe-preis.de. Einsendeschluss ist der 30. September 2010. *Quelle: Mitteilung des Deutschen Roten Kreuzes vom 25.6.2010*

► Soziales

Freiwilligendienste in der Kultur stärken. Der Spitzenverband der Bundeskulturverbände fordert in einer Resolution am 22. Juli von Politik und Kultureinrichtungen, die Jugendfreiwilligendienste im Kulturbereich zu stärken. Aufgrund der hohen Nachfragen sollten Träger und lokale Kultureinrichtungen bis 2020 die zur Verfügung stehenden Plätze um das Zehnfache aufstocken, so der Deutsche Kulturrat e.V. Ab September 2010 stehen 1100 Einsatzstellen im Freiwilligen Sozialen Jahr Kultur (FSJ Kultur), in den internationalen Freiwilligendiensten „Kulturweit“ und „Weltwärts“ sowie im Freiwilligen Sozialen Jahr in der Denkmalpflege bereit. Finanziell absichern müssten die geforderten 11 000 Einsatzstellen der Bund und die Länder, so der Kulturrat. Der Spitzenverband wendet sich zudem gegen eine Übertragung von Aufgaben im Bereich der Freiwilligendienste an das Bundesamt für den Zivildienst. Die Resolution im Internet: w.kulturrat.de/detail.php?detail=1835&rubrik=4 Quelle: Pressemitteilung des Nachrichtendienstes Bürgergesellschaft vom Juli 2010

Interkulturelle Öffnung von drei Berliner Jobcentern. Der erfolgreiche Prozess einer interkulturellen Organisationsentwicklung. Hrsg. Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales. Selbstverlag. Berlin 2010, 28 S., kostenlos *DZI-D-9137*

Aufgrund der überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit von Migrantinnen und Migranten initiierte der Berliner Senat im Jahr 2007 einen interkulturellen Organisationsentwicklungsprozess in den Jobcentern der Bezirke Fried-

richshain-Kreuzberg, Lichtenberg und Tempelhof-Schöneberg. Erarbeitet wurden Strategien wie beispielsweise ein Controlling zu den Vermittlungserfolgen, die Überprüfung und Prävention von Diskriminierung und die Verbesserung der interkulturellen Kompetenz der zuständigen Fachkräfte. Diese Broschüre beschreibt die Umsetzung des Projekts und dessen Bewertung durch die Geschäftsführer der beteiligten Jobcenter. Hrsg.: Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration, Potsdamer Straße 65, 10785 Berlin, Tel.: 030/90 17 23 51, E-Mail: Integrationsbeauftragter@intmig.berlin.de

Forderung nach Sozialausgleich in der Krankenversicherung. In einer öffentlichen Anhörung des Gesundheitsausschusses im Bundestag am 7. Juli dieses Jahres forderte der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) höhere Zuweisungen für Menschen, deren Einkommen aus Arbeitslosengeld II besteht. Bislang erhielten die Kassen für diese mit 126,05 Euro pro Person nur knapp die Hälfte der tatsächlich anfallenden Kosten. Grundlage der Anhörung waren vier Anträge und ein Gesetzentwurf der Oppositionsfractionen. Da privat versicherte Personen seit dem 1. Januar 2009 bei einem Eintritt in den Alg-II-Bezug nicht mehr in die GKV wechseln können, fordern die Grünen, den Beitragssatz der privat versicherten Alg-II-Betroffenen auf die Höhe des Zuschusses für die gesetzlich Versicherten zu verringern. Als Alternative schlägt Die Linke vor, dass privat versicherte Alg-II-Bedürftige einen Ausgleich in voller Höhe des Basisarbeits erhalten sollten

Wir denken weiter.

Zum Beispiel für die Beurteilung von Investitionsentscheidungen.

Dafür haben wir ein Analyse-Paket entwickelt, das Ihnen Sicherheit gibt, Ihre beabsichtigte Investition in allen Belangen vorher durchleuchtet zu haben.

Sprechen Sie uns an. Wir haben die Lösung.

Die Bank für Wesentliches.

www.sozialbank.de



Bank
für Sozialwirtschaft

und die Mindestbeiträge derjenigen Selbständigen, die ohne Angestellte arbeiten, von derzeit knapp 200 auf etwa 130 Euro zu senken. Die SPD spricht sich dafür aus, zu den paritätisch von Arbeitnehmenden und Arbeitgebern finanzierten Beitragssätzen zurückzukehren und die Möglichkeit zur Erhebung von Zusatzbeiträgen ersatzlos zu streichen. *Quelle: Das Parlament 12.7.2010*

Die Reform der Armenpflege. Eine Denkschrift von Albert Doell. Hrsg. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge. Selbstverlag. Berlin 2009, 66 S., EUR 19,80 *DZI-D-9039*

Mit seiner im Jahre 1880 erschienenen Denkschrift initiierte der ehemalige Senator und Leiter des Armenwesens in Gotha, Albert Doell, die erste deutsche Armenpflegerkonferenz und in deren Folge die Gründung des „Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit“, im Jahr 1919 umbenannt in „Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge“. Ziel der Denkschrift war es, Missstände der von kommunalen Behörden und Privatwohlthätigkeit betriebenen Armenpflege zu benennen und Reformvorschläge zu unterbreiten. Sie zeigt damit anschaulich die Anfänge des Fürsorgewesens, das noch weitgehend zersplittert und ungeregt war. Zugleich erörtert Doell Fragen und Probleme, die den Sozialstaat bis heute prägen, wie Kriterien für „Hilfsbedürftigkeit“ und die Verhinderung von „Sozialleistungsmissbrauch“. Der Deutsche Verein hat die Denkschrift nun als Faksimile in einer gebundenen Ausgabe neu herausgegeben, ergänzt um weitere Dokumente von Albert Doell und mit einer historischen Einführung versehen. Die Publikation wendet sich an diejenigen, die sich für die Geschichte des deutschen Fürsorgewesens und für die Gründung des Deutschen Vereins interessieren. Bestellanschrift: Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin

► Gesundheit

Früherkennung und Impfungen im Überblick. Im Rahmen einer Präventionsinitiative haben die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) und die Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) einen Info-Flyer zu den jeweils finanzierten Angeboten der Früherkennung entwickelt. Dieser „Vorsorge-Checker“ dokumentiert in tabellarischer Form, wann welche Untersuchungen anfallen und enthält Hinweise zu den empfohlenen Impfungen sowie ein Formblatt für die individuelle Terminplanung. Vorgesehen sind weitere Maßnahmen, wie zum Beispiel ein Einladungsverfahren zur kostenfreien Krebsvorsorge. Der Flyer kann von Ärztinnen und Ärzten bei den Versicherungen bestellt werden und steht im Internet unter www.kbv.de/themen/26342 zum Download bereit. *Quelle: KBV Klartext Juli 2010*

Online-Beratung der Caritas. Für Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung bietet die Caritas erstmals eine bundesweite anonyme Online-Beratung. Ein Link auf der Internet-Seite www.beratung-caritas.de führt auf eine Benutzeroberfläche, wo nach Eingabe der Postleitzahl, eines Passworts und eines Benutzernamens Fragen gestellt werden können, die werktags innerhalb von 48 Stunden beantwortet werden. Qualifizierte Fachkräfte in den örtlichen Caritas-Beratungsstellen erteilen Auskünfte wie beispielsweise zu rechtlichen Angelegenheiten, zum Umgang

mit Behörden und zu wohnortnahen Anlaufstellen. Um den Datenschutz zu wahren, werden die Nachrichten verschlüsselt übertragen. *Quelle: Stimme der Familie 3.2010*

Einheitliche Telefonnummer für ärztlichen Bereitschaftsdienst ab 2011. Unter der neuen bundeseinheitlichen und entgeltfreien Rufnummer 11 61 17 können Patienten ab dem kommenden Jahr außerhalb der Praxiszeiten kostenlos den ärztlichen Bereitschaftsdienst erreichen. Diese Nummer sollten Bürger und Patienten abends, am Wochenende und an Feiertagen griffbereit haben. Die Bereitschaftsdienst-Telefonnummer darf nicht mit dem Notdienst verwechselt werden, der in lebensbedrohlichen Situationen Hilfe leistet. *Quelle: Pressemitteilung der Kassenärztlichen Bundesvereinigung vom 12.7.2010*

Modellprojekt für vernetzte Betreuung bei Demenz. Unter Federführung der Gerontopsychiatrischen Beratungsstelle ambet e.V. findet derzeit in der Region Braunschweig das im Wesentlichen vom Niedersächsischen Sozialministerium und den Pflegekassen finanzierte Modellprojekt „Frühzeitige Interventionen in der hausärztlichen Versorgung Demenzkranker durch Implementierung nichtärztlicher Beratungs- und Unterstützungsangebote im Rahmen der Pflegeversicherung“ (FIDEM) statt, um verschiedene Hilfeformen für Menschen mit Demenz und deren pflegende Angehörige wirksam zu koordinieren. Zur Verbesserung der sich an die hausärztliche Betreuung anschließenden Versorgung sollen das medizinische Fachpersonal sowie Mitarbeitende in Beratungs- und Betreuungsdiensten bei der Bildung neuer Kooperationsformen und Netzwerke unterstützt werden. Darüber hinaus werden Hausärztinnen und Hausärzte in Schulungen zur eigenständigen Durchführung von Demenztests qualifiziert. Das von der Landesvereinigung für Gesundheit in Hannover evaluierte, dreijährige Projekt differenziert nach städtischen, kleinstädtischen und ländlichen Siedlungsstrukturen und zielt auf die Erarbeitung konkreter Empfehlungen für die Praxis. *Quelle: Impulse 2.2010*

Gerichtsurteil zur Pflegezeit. Das Arbeitsgericht Stuttgart entschied in einem Urteil vom 24.9.2009, dass die für maximal sechs Monate vorgesehene Pflegezeit nach § 3 des Pflegezeitgesetzes (PflegeZG) nicht in mehrere kürzere Pflegephasen aufgeteilt werden darf. Geklagt hatte ein Arbeitnehmer, der nach einer fünftägigen Pflegezeit im Juli 2009 seine Mutter Ende Dezember desselben Jahres erneut für zwei Tage pflegen wollte, was beim Arbeitgeber nicht auf Verständnis traf. Das Gericht begründete seine Entscheidung unter anderem damit, dass eine kurzfristig in einer akuten Situation in Anspruch genommene Pflegezeit nach § 2 PflegeZG nur dann verlängert werden könne, wenn ein Wechsel der Pflegeperson aus einem wichtigen Grund außer Frage stehe. Die Pflegezeit nach § 3 PflegeZG sei prinzipiell für einen längeren durchgehenden Zeitraum konzipiert und könne deshalb vom Kläger nicht sukzessive geltend gemacht werden. Da § 5 PflegeZG einen Kündigungsschutz von der Anmeldung bis zur Beendigung einer Pflegezeit garantiere, entstünden durch eine in Intervallen wahrgenommene Freistellung Möglichkeiten des Rechtsmissbrauchs. Die Pflegezeit nach § 3 PflegeZG könne pro pflegebedürftigem nahem Angehörigen nur einmal ununterbrochen bis zu einer Gesamtdauer von längstens

sechs Monaten beansprucht werden. *Quelle: Sozial- und Arbeitsrechtlicher Nachrichten-Dienst 4.2010*

► Jugend und Familie

Bildschirmmedien begünstigen ADHS. Wie eine fünfjährige Längsschnittstudie der Universität Braunschweig an 262 Familien zeigte, sind Kinder zwischen zwei und fünf Jahren, die täglich mehrere Stunden Medien wie das Fernsehen, Spielkonsolen oder Videos nutzen, besonders gefährdet, an einer Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung (ADHS) zu erkranken. Erhöht wird die Aussagekraft dieses Befundes durch die Tatsache, dass auch die Einflüsse weiterer Faktoren wie der Intelligenz, vorheriger Symptome, des sozioökonomischen Status und mütterlichen Erziehungsverhaltens untersucht wurden. Um das gesundheitliche Risiko einzudämmen, sei es wichtig, Eltern im Hinblick auf die Reglementierung der Bildschirmgewohnheiten zu beraten. *Quelle: Vierteljahresschrift für Heilpädagogik und ihre Nachbargebiete 2010; 79(1):50-65*

Mehr Väter kümmern sich um kranke Kinder. Laut einer Statistik der Deutschen Angestellten- Krankenkasse (DAK) stieg die Anzahl der Männer, die wegen einer Erkrankung ihres Kindes der Arbeit fernblieben, in den letzten beiden Jahren um mehr als 40 %. So hätten sich die von Vätern eingereichten Anträge auf Kinderpflege-Krankengeld von 9 700 im Jahr 2007 auf 13 500 im Jahr 2009 erhöht, wobei ihr Anteil in Berlin und Brandenburg mit über 12 % denjenigen in Bayern und Baden-Württemberg (jeweils 9 %) traditionsgemäß übertreffe. Trotz der insgesamt noch immer relativ geringen männlichen Beteiligung an der Betreuung kranker Kinder zeige sich hier seit Langem ein stetiger Trend zu mehr Partnerschaftlichkeit. *Quelle: praxis+recht 3.2010*

Integrationsprojekt für arbeitslose Jugendliche. In Kooperation mit der Dienststelle für Personen mit Behinderungen im belgischen St. Vith bietet das Potsdamer Berufsbildungswerk im Oberlinhaus seit Oktober letzten Jahres eine Initiative zur Integration von arbeitslosen Jugendlichen mit einer Behinderung. Das vom Europäischen Sozialfonds geförderte Qualifizierungsprojekt „Integration durch Austausch“ zielt auf die Vermittlung französischer Sprachkenntnisse und interkultureller Kompetenzen im Rahmen eines Auslandsaufenthaltes. Bis April 2012 können insgesamt 100 junge Menschen aus dem SGB-II-Bereich teilnehmen, deren Übergang ins Erwerbsleben sich trotz abgeschlossener Ausbildung schwierig gestaltet. Das Projekt ist dreistufig aufgebaut und beinhaltet einen vierwöchigen Vorbereitungskurs in Potsdam, ein achtwöchiges Praktikum in Belgien und eine Nachbegleitung mit aktiven Vermittlungshilfen. Nähere Informationen stehen im Internet unter www.esf.de/portal/generator/770/programm. *Quelle: Berliner Behinderten-Zeitung 7/8.2010*

Integration von jungen Migrantinnen und Migranten als Aufgabe der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe. Hrsg. Zentrum Bayern Familie und Soziales. Bayerisches Landesjugendamt. Selbstverlag. München 2009, 85 S., EUR 4,50 *DZI-D-9023*
Im Juni 2008 fand zum Thema der „Integration von jungen Migrantinnen und Migranten und ihren Familien als Aufgabe der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe“ die 14.

Gesamtbayerische Jugendamtleitungstagung statt, deren Beiträge in dieser Broschüre zusammengestellt sind. Das Interesse galt vor allem der Frage, mit welchen Ansätzen sich die Kinder- und Jugendhilfe auf die Zielgruppe der Menschen mit Migrationshintergrund bezieht. Dokumentiert werden hier auch die Ergebnisse der Enquete-Kommission „Jungsein in Bayern – Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen“ und die Arbeit entsprechender Initiativen und Projekte in Bayern. Ein Ausblick auf die Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe liefert weitere Anhaltspunkte für die Praxis. Empfohlen wird neben der Schaffung von mehr Chancengleichheit eine stärkere Ressourcenorientierung, eine bessere Kooperation der Kinder- und Jugendhilfe mit den Migrantenorganisationen und den Jugendmigrationsdiensten und eine intensivere Sprachförderung im Rahmen der Kindertagesbetreuung und der Schule. Bestellanschrift: Zentrum Bayern Familie und Soziales, Marsstraße 46, 80335 München, Tel. 089/12 61-24 41, E-Mail: poststelle@zbfs-blja.bayern.de

Web-Portal für Kinder. Unter der Anschrift www.clip.klapp.de bietet das Deutsche Kinderhilfswerk seit Juli dieses Jahres ein Videoportal für Kinder im Alter von acht bis zwölf Jahren. Diese können unter Betreuung einer medienpädagogischen Redaktion an Web 2.0-Angeboten im Internet teilnehmen, ein eigenes Profil erstellen, Videos schauen, Filme hochladen oder eigene Trickfilme basteln. Auf Wunsch lernen sie, mit der Kamera umzugehen und bekommen Antworten auf Fragen zu eigenen Videos. Die vom Bundesfamilienministerium geförderte Plattform kann auch von Eltern, Lehrerinnen, Lehrern und sozialpädagogischen Fachkräften genutzt werden und eröffnet diesen Informationen, Anregungen und Möglichkeiten zum gegenseitigen Austausch. *Quelle: Newsletter des Deutschen Kinderhilfswerkes vom 8.7.2010*

► Ausbildung und Beruf

Fortbildung im Bereich Suchtprävention. Das Kompetenzzentrum IBS Berlin e.V. bietet von September 2010 bis Mai 2011 eine offene Fortbildungsreihe zu Fragen des betrieblichen Gesundheitsmanagements und der Suchtprävention mit Themen wie beispielsweise Alkoholabhängigkeit, Familientherapie bei Drogenmissbrauch, Mind Doping, Resilienz, Konfliktmanagement und Coaching. Wer sich für diese Inhalte interessiert, findet das Kursprogramm im Internet unter www.ibs-berlin.net, Link: Neue Ausbildung für Kollegale Berater/innen in der Betrieblichen Suchtprävention 2010/11. *Quelle: Nachricht des IBS Berlin e.V. vom 14.6.2010*

Professionelles Management von Ehrenamtlichen. Das Fort- und Weiterbildungsangebot der Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt in Kooperation mit der Evangelischen Hochschule für angewandte Wissenschaften, Nürnberg, sowie der Katholischen Stiftungsfachhochschule München richtet sich vorrangig an alle, die die Integration von Ehrenamtlichen in soziale Einrichtungen oder die Begleitung und Gestaltung bürgerschaftlichen Engagements in unterschiedlichen Bereichen auf eine professionelle Basis stellen wollen. Die Teilnehmenden sollten aufgrund einschlägiger Berufsausbildung oder als Entscheidungsträger und -trägerinnen in Organisationen oder Vereinen bereits Erfahrung mit dem Thema Ehrenamt gesammelt

haben. Die Teilnahmegebühr beträgt 1450 Euro. Der Anmeldeschluss ist am 9. Dezember 2010. Mit der Teilnahme an allen ganztägigen Modulen und einer Abschlusspräsentation erhalten die Teilnehmenden am Ende des Kurses ein Fort- und Weiterbildungszertifikat der drei Hochschulen auf Basis der Hochschul-Kooperation Ehrenamt. Information: Campus Weiterbildung, Hochschule für angewandte Wissenschaften Würzburg, Münzstr. 12, 97070 Würzburg, Tel.: 09 31/35 11-144, E-Mail: campus.weiterbildung@fhws.de *Quelle: Pressemitteilung der Hochschule für angewandte Wissenschaften Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt vom 21.7.2010*

Studie zum Beschäftigungswachstum in akademischen Spinoffs. Als Ausgründungen aus Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen bieten akademische Spinoffs eine Möglichkeit, wissenschaftliche Erkenntnisse ohne große Umwege in die Praxis umzusetzen. Eine Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim untersuchte nun den Einfluss der personellen Interdisziplinarität auf das Beschäftigungswachstum in diesen Einrichtungen. Die Ergebnisse deuten zwar darauf hin, dass im Team gegründete Spinoffs effektiver sind als solche, die von Einzelpersonen errichtet wurden. Ein Zusammenhang mit der Interdisziplinarität konnte jedoch nur in Unternehmen aus dem Ingenieurssektor festgestellt werden, wo sich bei Mitwirkung einer wirtschaftswissenschaftlichen Fachkraft größere Erfolge in der Schaffung von Arbeitsplätzen zeigten. Entgegen den Erwartungen habe die fachliche Heterogenität der Gründungsriege im Allgemeinen keine Auswirkungen auf die Beschäftigungsentwicklung in akademischen Spinoffs. Die gesamte englischsprachige Studie steht mit einer deutschen Zusammenfassung im Internet unter www.zew.de/publikation5706. *Quelle: Mitteilung des ZEW vom 1.6.2010*

Gutes tun und gutes Lernen: Bürgerschaftliches Engagement und Service-Learning an Hochschulen. Evaluation des Projekts UNIAKTIV an der Universität Duisburg-Essen. Von Michael Jaeger und anderen. Hrsg. HIS-Hochschul-Informations-System GmbH. Selbstverlag. Hannover 2009, 184 S., EUR 20,- *DZI-D-9139* UNIAKTIV, das Zentrum für gesellschaftliches Lernen und soziale Verantwortung, wurde im Oktober 2005 an der Universität Duisburg-Essen mit dem Ziel gegründet, Studierende in freiwilliges gesellschaftliches Engagement zu vermitteln, das im Rahmen des Service-Learning mit der Lehre an der Universität verbunden wird. Die vorliegende Evaluation beschreibt neben dem aktuellen Forschungsstand zu diesem Thema den wissenschaftlichen Hintergrund, den bisherigen Verlauf, die Vernetzungen und die Wirkungen des Projekts UNIAKTIV als Grundlage für Empfehlungen zur zukünftigen Steuerung und Weiterentwicklung der Initiative. Bestellanschrift: HIS-Hochschul-Informations-System GmbH, Gosseriede 9, 30159 Hannover

Tagungskalender

26.9.2010 Berlin. Fachvortrag: Elsa und Hermann Strauss, zur Entstehung der modernen Krankenhaussozialarbeit in Deutschland. Information: Berliner Medizinhistorisches Museum der Charité, Schumannstraße 20, 10117 Berlin, Tel.: 030/450 536 156, E-Mail: jane.kaminski@charite.de

13.-14.10.2010 Darmstadt. Fachtagung: Rendite durch Wohnen und Leben, Potentiale gemeinschaftlicher Wohnformen. Information: Schader-Stiftung, Goethestr. 2, 64285 Darmstadt, Tel.: 061 51/17 59-0, E-Mail: kontakt@schaderstiftung.de

21.-23.10.2010 Köln. 4. internationale ERIS-Konferenz: Social Work and Diversity. Looking at Gender, Class, Race and Religion. Information: Katholische Hochschule NRW, Wörthstraße 10, 50668 Köln. Tel.: 02 21/77 57-434, E-Mail: eris@katho-nrw.de

22.-23.10.2010 Gelsenkirchen. Jobmesse Medizin und Gesundheit. Information: vdB Public Relations, Pressestelle Wissenschaftspark, Munscheidstraße 14, 45886 Gelsenkirchen. Tel.: 02 09/167 12 48, E-Mail: info@vdbpr.de

25.-26.10.2010 Zürich. Tagung: Grenzen-Los. Freiwilliges Engagement in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Information: Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft, Schaffhauserstrasse 7, CH-8042 Zürich, Tel.: 0041/44/366 50 30, E-Mail: info@sgg-ssup.ch

27.-28.10.2010 Mainz. Systemischer Methodenworkshop: Fortbildung in der Ambivalenz- und Teilarbeit. Information: Institut für Fort- und Weiterbildung der Katholischen Fachhochschule Mainz, Saarstraße 3, 55122 Mainz, Tel.: 061 31/28944-43, E-Mail: ifw@kfh-mainz.de

29.10.2010 Berlin. Fachtag des Arbeitskreises „Straffälligen- und Opferhilfe“ des Paritätischen Berlin: Brücken zwischen opfer- und täterorientierter Sozialarbeit. Information: Paritätischer Wohlfahrtsverband Berlin e.V., Brandenburgische Straße 80, 10713 Berlin, Tel.: 030/860 01 122, E-Mail: Groos@paritaet-berlin.de

5.-7.11.2010 Rothenburg o.d. Tauber. Fachtagung: Mein Kind soll es mal besser machen. Kindeswohl und neue Herausforderungen in der Erziehung. Information: Evangelische Akademie Tutzing, Schlossstraße 2+4, 82327 Tutzing, Tel.: 081 58/251-128, E-Mail: niedermaier@ev-akademie-tutzing.de

6.11.2010 Berlin. Tagung: Mit Autismus in die Arbeitswelt. Information: autismus Deutschland e.V., Bebelallee 141, Hamburg, Tel.: 040/511 56 04, E-Mail: info@autismus.de